

Referat II B  
Turmstr. 21, Haus A,  
10559 Berlin

**Formular VI**  
Tel.: 90229 - 3403  
Fax: 90229 - 3297

4636/

**Antrag**

Von Hinterbliebenen auf Erteilung einer Rehabilitierungsbescheinigung nach dem **Beruflichen Rehabilitierungsgesetz (BerRehaG)**.

**Vorbemerkung:**

Hinterbliebene im Sinne des Beruflichen Rehabilitierungsgesetzes sind der Ehegatte des Verfolgten, dessen Kinder, auch Kinder nichtehelicher Abstammung, sowie Stief- und Pflegekinder.

Vom **Beruflichen Rehabilitierungsgesetz (BerRehaG)** werden **arbeitsrechtliche Eingriffe** in den Beruf oder eine berufsbezogene Ausbildung (z.B. Kündigung, Herabstufung, erzwungener Aufhebungsvertrag) erfasst, wenn es sich um Maßnahmen politischer Verfolgung handelt.

Bei **hoheitlichen Eingriffen** in den Beruf oder die Ausbildung (z.B. Entlassung bei den bewaffneten Organen, Exmatrikulation vom Studium, Entzug der Gewerbeerlaubnis) **muss zunächst das verwaltungsrechtliche Rehabilitierungsverfahren** durchlaufen werden. Liegt die berufliche Benachteiligung in einer zu Unrecht erlittenen Freiheitsentziehung, muss vor der beruflichen Rehabilitierung ein strafrechtliches Rehabilitierungs- oder Kassationsverfahren durchgeführt worden sein. Eine Bescheinigung nach § 10 Abs. 4 des Häftlingshilfegesetzes reicht aus, wenn diese sich auf einen Gewahrsam in der ehemaligen sowjetischen Besatzungszone/DDR bezieht und vor dem Inkrafttreten des Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetzes (4.11.1992) beantragt worden ist oder wenn der Gewahrsam nicht Gegenstand eines Rehabilitierungsverfahrens sein kann (Internierung oder Verurteilung durch sowjetische Organe).

Nach dem Tod des unmittelbar von einer beruflichen Benachteiligung im Sinne des BerRehaG Betroffenen kann der Rehabilitierungsantrag von demjenigen gestellt werden, der ein rechtliches Interesse an der Rehabilitierung des unmittelbar Betroffenen hat. Ein solches Interesse ist dann gegeben, wenn für Hinterbliebene bei Rehabilitierung des Verfolgten ein Anspruch auf eine höhere Witwen- oder Waisenrente in Betracht kommt.

**Angaben zur Person des Antragstellers**

1. Name, Vorname:		2. Geburtsdatum:	
3. Geburtsname und evtl. weitere frühere Namen:		4. Geburtsort, Kreis, Land:	
5. Jetziger Wohnort oder ständiger Aufenthalt: (Straße, Postleitzahl, Wohnort) ..... .....			

<b>6.</b>	Verwandtschaftsverhältnis des Antragstellers zum unmittelbar Betroffenen/ Verfolgten  Die/Der Verfolgte war mein(e)  <input type="checkbox"/> Ehemann/Ehefrau  <input type="checkbox"/> Vater/Mutter
-----------	---

**Angaben zur Person desjenigen, der von der Verfolgungsmaßnahme betroffen war**

7. Name, Vorname:	8. Geburtsdatum:
9. Geburtsname:	10. Name zur Zeit der Schädigung:
11. Geburtsort, Kreis, Land:	

<b>12.</b>	Die/Der Verfolgte ist am ..... verstorben. (Bitte Sterbeurkunde in beglaubigter Kopie beifügen.)
<b>13.</b>	Letzter Wohnsitz oder letzter ständiger Aufenthaltsort der/des Verfolgten: (Straße, Wohnort, Postleitzahl)  .....  .....

**Wichtiger Hinweis:**

Leistungen bzw. Folgeansprüche nach dem Gesetz sind ausgeschlossen, - wenn der Verfolgte gegen die Grundsätze der Menschlichkeit oder Rechtsstaatlichkeit verstoßen oder in schwerwiegendem Maße seine Stellung zum eigenen Vorteil oder zum Nachteil anderer missbraucht hat (§ 4 BerRehaG).
---

Die folgenden Angaben zu den Fragen 14 und 15, die die vorstehenden Ausschließungsgründe betreffen, sind freiwillig. Sie dienen der Vereinfachung des Verfahrens bei der Rehabilitierungsbehörde, die vor einer Entscheidung die Ausschließungsgründe zu prüfen hat.

14. a) War der/die Verfolgte als hauptamtlicher oder inoffizieller Mitarbeiter oder auf vergleichbare Weise für die Staatssicherheit in der ehemaligen sowjetischen Besatzungszone /DDR oder für das Arbeitsgebiet 1 der Kriminalpolizei der Volkspolizei tätig?

- Nein  Ja (ausführliche Angaben über Art und Zeitraum der Mitarbeit auf gesondertem Blatt)

b) War der/die Verfolgte in der Zeit vom 8. Mai 1945 bis zum 2. Oktober 1990 in der ehemaligen sowjetischen Besatzungszone /DDR im Staatsapparat, in der SED oder in den Block-Parteien in leitender Funktion oder in Funktionen mit Entscheidungsbefugnis tätig?

- Nein, der/die Verfolgte hat keine derartigen Funktionen ausgeübt.  
 Ja

Zeitraum:	Staatliche Stelle/Partei:	Funktionen:
vom ..... bis .....	in .....	als .....
vom ..... bis .....	in .....	als .....
vom ..... bis .....	in .....	als .....
vom ..... bis .....	in .....	als .....

15. **Nur für Verfolgte zu beantworten, die vor dem 9. Mai 1927 geboren sind.**

a) War der/die Verfolgte während der NS-Zeit Mitarbeiter der Gestapo oder hatten der/die Verfolgte Funktionen in der SS?

- Nein  Ja (ausführliche Angaben über Art und Zeitraum der Mitarbeit/Funktion auf gesondertem Blatt)

b) War der/die Verfolgte während der NS-Zeit im Staatsapparat, in der NSDAP, der SA oder in vergleichbaren Organisationen, die der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft Vorschub geleistet haben, in leitender Funktion oder in Funktionen mit Entscheidungsbefugnis tätig?

- Nein  
 Ja

Zeitraum:	Partei/Organisation:
Funktionen:	
vom ..... bis .....	in ..... als .....
vom ..... bis .....	in ..... als .....
vom ..... bis .....	in ..... als .....
vom ..... bis .....	in ..... als .....

**16. Angaben zur Schul-/Berufsausbildung der/des Verfolgten**

(Bitte auch in den alten Bundesländern sowie im Ausland fortgesetzte Ausbildungen angeben.)

a) Allgemeine Schulbildung (z.B. POS):

Schultyp:                                  in:                                  vom:                  bis:  
 .....  
 .....  
 .....  
 .....

Abschluss:     ja                                   nein

Falls nein, letzte besuchte Klasse: .....

b) weiterführende Bildungseinrichtung, (z.B. EOS/Berufsausbildung mit Abitur):

Bildungseinrichtung:    in:                                  vom:                  bis:  
 .....  
 .....

Abschluss:     ja                                   nein

Falls nein, letzte besuchte Klasse: .....

Bildungseinrichtung:    in:                                  vom:                  bis:  
 .....  
 .....

Abschluss:     ja                                   nein

Falls nein, letzte besuchte Klasse: .....

Hochschulreife:     ja                                   nein

c) Ingenieur-, andere Fachschule (auch Fernstudium):

Bildungseinrichtung:    in:                                  vom:                  bis:  
 .....  
 .....

Studienrichtung: .....

Abschluß:     ja                                   nein

Falls ja, Abschluss als: .....

Bildungseinrichtung:    in:                                  vom:                  bis:  
 .....  
 .....

Studienrichtung: .....

Abschluss:     ja                                   nein

Falls ja, Abschluss als: .....

d) Universität/Hochschule (auch Fernstudium):

Hochschule:                      in:                                      vom:                      bis:  
 .....  
 .....  
 .....

Studienrichtung: .....

Abschluss:     ja                                       nein

Falls ja, Abschluß als: .....

Hochschule:                      in:                                      vom:                      bis:  
 .....  
 .....  
 .....

Studienrichtung: .....

Abschluss:     ja                                       nein

Falls ja, Abschluss als: .....

e) Berufsausbildung:

Ausbildungsstätte:                      in:                                      vom:                      bis:  
 .....  
 .....  
 .....

Abschluss:     ja                                       nein

Falls ja, Abschluss als: .....

Ausbildungsstätte:                      in:                                      vom:                      bis:  
 .....  
 .....  
 .....

Abschluss:     ja                                       nein

Falls ja, Abschluss als: .....

(Bitte Unterlagen über die Schul- / Berufsausbildung der/des Verfolgten, wie z.B. Zeugnisse, in beglaubigter Fotokopie beifügen.)

**17. Angaben zum beruflichen Werdegang der/des Verfolgten**

Arbeitsstellen in der ehemaligen sowjetischen Besatzungszone /DDR:

Bitte die Seiten über Arbeitsrechts- und Sozialversicherungsverhältnisse der/des Verfolgten aus dem Sozialversicherungsausweis vollständig (einschließlich der Angaben zur Person der/des Verfolgten) in beglaubigter Fotokopie beifügen. Falls der Sozialversicherungsausweis bei einer anderen Behörde vorliegt, dann füllen Sie bitte die Erklärung auf Seite 13 dieser Anlage aus.

Soweit Sozialversicherungsausweise nicht vorliegen (bitte begründen), sind folgende Angaben zu den Arbeitsstellen der/des Verfolgten erforderlich, die durch entsprechende Beweismittel (z.B. Arbeitsvertrag, Arbeitgeberzeugnis) zu belegen sind:

Zeitraum (Tag/Monat/Jahr): vom ..... bis .....

Name und Sitz des Arbeitgebers/ Unternehmers	Haupterwerbszweck bzw. Funktion des Betriebes (ggf. der größeren Unternehmens- einheit)	Art der Tätigkeit (genaue Berufs- stellung)
.....	.....	.....
.....	.....	.....

Wöchentliche Arbeitszeit: Vollzeitbeschäftigung  ja

Bei stundenweiser Beschäftigung ab 1.1.1950:

tatsächliche Arbeitszeit in Stunden:.....

vollbetriebliche Arbeitszeit pro

Woche in Stunden:.....

Erhöhter Beitragssatz zur bergbaulichen Versicherung:  ja  nein

***Nur für Beschäftigte im Bereich der Seeschifffahrt/ Seefischerei:***

Dienststelle/ Dienstgrad:.....

Fahrtbereich:.....

Art und Größe des Schiffes:.....

(Angaben zu weiteren Arbeitsstellen - wie vorstehend- ggf. auf gesondertem Blatt, siehe Seite 14)

**18. Art der ausgeübten Tätigkeit, Arbeitsstelle und Branche**

zum Zeitpunkt des Beginns der Verfolgung:

.....

danach:

.....

zuletzt:

.....

**Angaben zur Verfolgungsmaßnahme**

**19.** Worin bestand der Eingriff in den Beruf oder das berufsbezogene Ausbildungsverhältnis der/des Verfolgten, dem diese(r) in der Zeit vom 8. Mai 1945 bis zum 2. Oktober 1990 in der ehemaligen sowjetischen Besatzungszone /DDR aus politischen Gründen ausgesetzt war? Wo fand der Eingriff statt?

.....  
 .....  
 .....  
 .....  
 .....

(Bitte Beweismittel beifügen)

**20.** Ist die berufliche Benachteiligung der/des Verfolgten auf

a) eine in der ehemaligen sowjetischen Besatzungszone /DDR zu Unrecht erlittene Freiheitsentziehung, deren Rechtsstaatswidrigkeit durch eine Rehabilitierungs-/Kassationsentscheidung festgestellt worden ist, zurückzuführen?

ja       nein

b) einen in der ehemaligen sowjetischen Besatzungszone /DDR erlittenen Gewahrsam,

der nach dem Häftlingshilfegesetz (HHG) in einer Bescheinigung nach § 10 Abs. 4 HHG anerkannt worden ist, zurückzuführen?

ja       nein

c) eine hoheitliche Maßnahme, die nach dem Verwaltungsrechtlichen Rehabilitierungsgesetz aufgehoben oder als rechtsstaatswidrig festgestellt worden ist, zurückzuführen?

ja       nein

(Bitte Ablichtung der Rehabilitierungs-/Kassationsentscheidung, der Bescheinigung nach

§ 10 Abs. 4 HHG oder des Bescheides über die verwaltungsrechtliche Rehabilitation beifügen.)

Falls eines der o.g. Verfahren noch läuft:

Antrag auf Rehabilitierung nach dem Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz (StrRehaG) wurde am ..... bei dem (Gericht)..... gestellt.  
Az.: .....

Antrag auf Anerkennung als ehemaliger politischer Häftling nach dem Häftlingshilfegesetz (HHG) wurde am..... bei der/dem (HHG-Behörde) .....gestellt.  
Az.:.....

Antrag nach dem Verwaltungsrechtlichen Rehabilitierungsgesetz wurde am .....bei der/dem (Reha-Behörde).....gestellt.  
Az.:.....

**Hinweis:** Die Fragen Nr. 21 und 22 müssen Sie beantworten, wenn Frage Nr. 20 verneint wurde oder wenn über die in einer Rehabilitierungs-/Kassationsentscheidung oder Bescheinigung nach § 10 Abs. 4 HHG anerkannten Gewahrsamszeiten hinausgehende Verfolgungszeiten geltend gemacht werden.

**21.** Was waren die Gründe für die berufliche Benachteiligung der/des Verfolgten?  
.....  
.....  
.....  
.....  
.....  
.....  
.....

**22.** Warum hat es sich bei dieser Maßnahme Ihrer Ansicht nach um politische Verfolgung gehandelt?  
.....  
.....  
.....  
.....  
.....  
.....  
.....



**23.** Wie hat sich die Benachteiligung für den Verfolgten ausgewirkt?  
(z.B. Arbeitslosigkeit, Minderverdienst, sonstige Nachteile)

.....  
 .....  
 .....  
 .....

(Bitte entsprechende Beweismittel beifügen.)

**24.** Wie lange dauerte die erhebliche berufliche Benachteiligung an?

Art des Nachteils:	vom:	bis:
.....	.....	.....
.....	.....	.....
.....	.....	.....
.....	.....	.....

**Angaben für den Ausgleich von Nachteilen in der Rentenversicherung**

**Hinweis:** Die Beantwortung der Fragen 25 bis 32 ist nur für Zeiträume erforderlich, für die eine politische Verfolgung geltend gemacht wird.

**25.** Versicherungsnummer der Rentenversicherung:

.....

**26.** Hat die/der Verfolgte während der Zeit der Verfolgung einem Zusatz- oder Sonderversorgungssystem angehört?

ja                       nein

Nennen Sie das entsprechende Zusatz- oder Sonderversorgungssystem:

.....

(z.B. Zusätzliche Altersversorgung der technischen Intelligenz; Freiwillige zusätzliche Altersversorgung für hauptamtliche Mitarbeiter des Staatsapparates; Sonderversorgung der Angehörigen der Nationalen Volksarmee; Sonderversorgung der Angehörigen der Deutschen Volkspolizei, der Organe der Feuerwehr und des Strafvollzugs)

**27.** Ist die/der Verfolgte wegen der Verfolgung aus einem Zusatz- oder Sonderversorgungssystem ausgeschieden?

ja                       nein

Nennen Sie das entsprechende Zusatz- oder Sonderversorgungssystem:

.....

**28.** War die/der Verfolgte zu Beginn der Verfolgung

a) bergbaulich versichert?

ja  nein

b) in Einrichtungen des Gesundheits- oder Sozialwesens beschäftigt?

ja, als .....  nein

c) bei der Deutschen Post beschäftigt?

ja, als .....  nein

d) bei der Deutschen Reichsbahn beschäftigt?

ja, als .....  nein

e) in Einrichtungen nach der Anordnung über die Berechnung von Renten der Sozialversicherung für bestimmte Gruppen von Werktätigen vom 12. April 1976 beschäftigt?

ja, als .....  nein

(zu Nr. 28: Bitte eine Bescheinigung der entsprechenden Einrichtung oder der Nachfolgeeinrichtung über Art und Dauer der Tätigkeit vorlegen.)

**29.** Wurde ihre/seine Berufsausbildung durch eine Verfolgungsmaßnahme abgebrochen oder unterbrochen?

ja  nein

a) Um welche Ausbildung handelte es sich?

.....

b) Genaue Bezeichnung des Berufsziels:

.....

c) Nennen Sie den genauen Zeitraum der Unterbrechung:

vom ..... bis .....

**30.** Wurde die/der Verfolgte durch eine Verfolgungsmaßnahme nach erfolgter Zulassung an der Durchführung, Fortsetzung oder am Abschluss eines Studiums gehindert?

ja                       nein

a) Genaue Bezeichnung des Studiums, Datum der Zulassung:

.....

b) Wie lange dauerte das Studium laut Studienplan?

.....

c) Genaue Bezeichnung des Berufsziels:

.....

Im Falle der Unterbrechung: Nennen Sie den genauen Zeitraum der Unterbrechung:  
vom.....bis.....

**31.** War die/der Verfolgte aufgrund einer Verfolgungsmaßnahme gehindert, ihren/seinen erlernten Beruf auszuüben?

ja                       nein

Wo wollte sie/er damals tätig sein?

.....

(Bitte Bewerbungsschreiben oder ähnliches beifügen.)

**32.** Wurde auch bereits ihre/seine Schulausbildung durch die Verfolgungsmaßnahme unterbrochen?

ja                       nein

Um welche Schulausbildung handelte es sich?

.....

Nennen Sie den genauen Zeitraum der Unterbrechung:  
vom ..... bis .....

**33.** Ist wegen der beruflichen Benachteiligung, die Gegenstand dieses Antrags ist, bereits früher ein Antrag gestellt worden ?(Bitte Antragsdurchschriften, Bescheid(e), Beleg(e) beifügen.)

Ja, ein Verfahren zur Behebung des Nachteils ist bereits beantragt.

Antrag vom ..... bei .....  
(bitte Behörde angeben)

Az.: .....

ein Anspruch wurde abgelehnt

durch Entscheidung des/der .....

vom .....

Nein, es wurde bisher kein Verfahren eingeleitet.

**34.** Legen Sie bitte für die im Antrag gemachten Angaben schriftliche Beweismittel vor. Sollten Sie keine schriftlichen Beweismittel haben, nennen Sie bitte Anschriften oder schriftliche Erklärungen von Zeugen, die Ihre Angaben bestätigen können.

zu Frage Nr. ....:

Name und Vorname des Zeugen

Anschrift

.....

.....

.....

.....

.....

.....

zu Frage Nr. ....:

Name und Vorname des Zeugen

Anschrift

.....

.....

.....

.....

.....

.....

Mir ist bekannt, dass ein begünstigender Bescheid zurückgenommen und eine gewährte Leistung zurückgefordert werden kann, wenn er/sie auf Angaben beruht, die der Begünstigte vorsätzlich oder grob fahrlässig in wesentlicher Beziehung unrichtig oder unvollständig gemacht hat, oder wenn nachträglich Ausschließungsgründe bekannt werden.

Die im Antrag erhobenen Angaben sind für die Bearbeitung Ihres Antrages nach dem Beruflichen Rehabilitierungsgesetz erforderlich.

.....

Ort, Datum

.....

Unterschrift

## Datenschutzerklärung

Im Rahmen Ihres Antrags auf Rehabilitierung werden im Landesamt für Gesundheit und Soziales (LAGeSo) Ihre Stammdaten (Name, Geschlecht, Geburtsdatum, Anschrift (ab dem 18. Lebensjahr)), das zu Ihrem Fall gehörende Aktenzeichen und eine Information zum Vorliegen von Ausschließungsgründe in einer Datenbank elektronisch gespeichert. Die Datenbank wird zur Registratur der Antragsvorgänge, zur Erstellung der Statistik, zur Erstellung von Schreiben und zum Abgleich des Vorliegens von Ausschließungsgründen innerhalb der verschiedenen Rehabilitierungsverfahren geführt

Die Daten haben Sie uns entweder selbst mitgeteilt oder wir haben sie von der Behörde des Bundesbeauftragten für die Unterlagen der Staatssicherheit der ehemaligen DDR übermittelt bekommen.

Rechtsgrundlagen für diese Datenverarbeitung sind:

- § 25a Strafrechtliches Rehabilitierungsgesetz (StrRehaG)
- § 19 Berufliches Rehabilitierungsgesetz (BerRehaG),
- § 11 Verwaltungsrechtliches Rehabilitierungsgesetz (VwRehaG)
- § 21 I Nr. 1, Nr. 7d Stasi-Unterlagen-Gesetz (StUG)

Außerdem besteht die Möglichkeit, dass Sie uns die Einwilligung dazu geben, auf der Grundlage Ihrer Stammdaten, Nachweise bei anderen Institutionen, die Unterlagen zu Ihrer Person aus der Zeit der ehemaligen DDR besitzen, zu ermitteln. Diese Einwilligung ist dann die Rechtsgrundlage für die Übermittlung Ihrer Stammdaten an eine solche Stelle.

Eine weitere Übermittlung oder Offenlegung der Daten erfolgt nicht.

Einblick in die Datenbank haben nur die zuständigen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Rehabilitierungsbehörde. Nur im Falle eines gerichtlichen Verfahrens erhalten auch die für die Prozessführung zuständigen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des LAGeSo Zugriff auf die Datenbank.

Die Datensätze in der Datenbank können aufgrund der Möglichkeit eines wiederholten Antrags auch z.B. durch Erben nach Wegfall der gesetzlichen Antragsfrist nicht gelöscht werden. Es werden behördliche Dokumentationspflichten bis zum Jahr 2080 – gemessen an der Lebenszeit potenzieller Antragsteller – prognostiziert.

Ihre Daten sind jedoch durch die technischen und organisatorischen Maßnahmen des Landes Berlin und des LAGeSo umfassend geschützt.

Sollten Sie ein Anliegen zum Datenschutz haben, können Sie sich als Verantwortlichen an den Leiter des Referats II B im LAGeSo (Telefonnummer: 030 – 90229/3416 Mailadresse: [SED.UnBerG@lageso.Berlin.de](mailto:SED.UnBerG@lageso.Berlin.de), Dienstgebäude: Turmstraße 21 – Haus A, 10559 Berlin) oder an die Datenschutzbeauftragte (LAGeSo - ZSL DSB, Tel.: 030-90229-1209, Mail: [datenschutz@lageso.berlin.de](mailto:datenschutz@lageso.berlin.de)) wenden.

Zum Schluss möchten wir Sie noch auf Ihre datenschutzrechtlichen Rechte hinweisen. Jede von der Verarbeitung personenbezogener Daten betroffene Person hat nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen der europäischen Datenschutzgrundverordnung folgende Rechte:

- Recht auf Auskunft über die zu Ihrer Person verarbeiteten Daten.
- Recht auf Berichtigung unrichtiger Daten zu Ihrer Person.
- Recht auf Löschung nicht (mehr) benötigter Daten zu Ihrer Person.
- Recht auf Einschränkung der Verarbeitung der Daten zu Ihrer Person.
- Recht auf jederzeitigen Widerspruch gegen die Datenverarbeitung.
- Recht auf Ausschluss einer ausschließlich automatisierten Entscheidung.
- Recht jederzeit die Behörde der/des Berliner Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit anzurufen.“